

Tejiendo solidaridad - FÜR DIE VERTEIDIGUNG Solidarisches Allianzen DER GEMEINGÜTER, SELBSTBESTIMMUNG UND EIN GUTES LEBEN FÜR ALLE

V.i.S.d.P.: Samuel Weber, Ökumenisches Büro für Frieden und Gerechtigkeit, Pariser Str. 13, 81667 München, Tel. 089 448 59 45

Inhaltverzeichnis

<i>Editorial.....</i>	<i>S.2</i>
<i>Libertäre Dystopien gegen das Leben (ZEDES / Honduras).....</i>	<i>S.3</i>
<i>In El Salvador gilt das Recht auf Wasser – aber für wen?.....</i>	<i>S.6</i>
<i>El Salvador: Licht und Schatten rund um den Bitcoin.....</i>	<i>S.9</i>
<i>Brasilien und der gesellschaftliche Disput um Agrargifte.....</i>	<i>S.13</i>
<i>Die Verteidigung der Bergfeuchtgebiete in Chiapas/Mexiko.....</i>	<i>S.16</i>
<i>Internationale Solidarität und planetarische Kämpfe.....</i>	<i>S.20</i>

„Für den Inhalt der Publikation ist allein das Ökumenische Büro für Frieden und Gerechtigkeit e.V. verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global oder des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.“

Gefördert durch
Engagement Global
mit Mitteln des



sowie durch
Katholischer
Fonds und



Editorial

Willkommen zu unserer Publikation „Tejiendo Solidaridad - Für die Verteidigung der Gemeingüter, Selbstbestimmung und ein Gutes Leben für alle“. Ursprünglich hatten wir für den Herbst 2021 geplant, mit mehreren Referent*innen aus Lateinamerikas eine Referent*innenrundreise durch Deutschland, mit einem anschließenden partizipativen Kongress in München zu organisieren. Leider hat uns die Pandemie einen Strich durch die Rechnung gemacht.

Als Alternative dafür konnten wir jedoch eine Reihe von interessanten Onlineveranstaltungen mit Referent*innen aus Lateinamerika organisieren, die durch die hier vorliegende digitale Publikation vertieft und ergänzt wird. Wie bei den Veranstaltungen ging es bei den Texten darum, entwicklungspolitisch relevante Themen aus der Perspektive von an der Basis aktiven Menschen aus dem globalen Süden zu darzustellen und zu verstehen. Deshalb sind wir froh, dass wir dafür Autor*innen z.B. aus Mexiko, Honduras und El Salvador gewinnen konnten.

Im ersten Beitrag beschreiben Jessica Fernandez und Randolfo Garcia wie Privatstädte bzw. die *Zonen für Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung* (ZEDEs) die existentielle Bedrohung der Garífuna-Gemeinden in Honduras verschärfen. Dem Credo des „neoliberalen, rassistischen und patriarchalischen Systems“ stellen die Autor*innen die Philosophie und Praktiken der Garífuna-Gemeinden gegenüber. Bei diesen stehen elementare Dinge wie Ernährungssouveränität und Gesundheit sowie Harmonie und Gemeinschaftsleben im Mittelpunkt.

In El Salvador kämpfen die sozialen Bewegungen schon lange dafür, das Menschenrecht Wasser gesetzlich zu verankern. Nun hat die Regierung im Sommer 2021 das *Allgemeine Wasserressourcengesetz* im Parlament eingebracht. Omar Flores, Leiter der Abteilung für Kulturelle Rechte der Studienstiftung für Angewandtes Recht (Fundación de Estudios para la Aplicación del Derecho, FESPAD) diskutiert in seinem Beitrag „In El Salvador gilt das Recht auf Wasser – aber für wen?“, ob und inwiefern in dem geplanten Gesetz die fünf zentralen Forderungen der sozialen Bewegungen Beachtung finden oder ob nun doch die Privatisierung der Trinkwasserversorgung befürchtet werden muss.

Ein weiteres umstrittenes Thema in El Salvador war und ist die Einführung des Bitcoins als offizielles Zahlungsmittel neben dem Dollar. Die entwicklungspolitische Relevanz dieses Themas ergibt sich daraus,

dass die Diskussion um den Bitcoin zahlreiche Aspekte beinhaltet, die sich auch in den Nachhaltigkeitszielen der Agenda 2030 wieder finden, wie z.B. Industrie, Innovation und Infrastruktur, (nachhaltiges) Wirtschaftswachstum oder keine Armut. Allerdings zeigt Julia Evelyn Martínez in ihrem Beitrag „Licht und Schatten rund um den Bitcoin“, dass der erhoffte Nutzen dieser Kryptowährung keinesfalls als gesichert gelten kann. Neben den diversen Risiken wie unvorhersehbaren Kursschwankungen und dem Missbrauch für kriminelle Aktivitäten zeigt sich die Autorin besorgt über den immensen Verbrauch umweltschädlicher Energien, die mit dem Erzeugen und Geldtransfer des Bitcoins einhergehen.

Ein weiterer Text führt uns nach Brasilien. Dabei thematisiert Christian Russau den gesellschaftlichen Disput um den Einsatz von Agrargiften. So hat deren Gebrauch dort in den letzten Jahren stetig zugenommen. Dies hat fatale Folgen für die Gesundheit der Menschen. So liegt in Gebieten mit hoher Pestizidverwendung die Krebsrate achtmal höher als in anderen Regionen. In diesem Zusammenhang profitieren auch deutsche Unternehmen durch den Verkauf von Agrargiften, die in der EU selbst jedoch nicht zugelassen sind.

In den beiden letzten Beiträgen geht es um Mexiko. Leon Enrique Avila thematisiert dabei die ökologische und soziale Bedeutung von Bergfeuchtgebieten im südöstlichen Bundesstaat Chiapas.

Den Kampf für den Erhalt dieser Feuchtgebiete sind für den Autor eine „zivilisatorische Schlacht“, die durch die Schaffung von Prozessen der territorialen Verteidigung und des Kampfes für das *Buen Vivir* zum Aufbau neuer Identitäten beiträgt.

„Internationale Solidarität und planetarische Kämpfe“ steht im Zeichen des nachhaltigen Entwicklungsziels *Partnerschaften zur Erreichung der Ziele*. Alan Carmona Gutiérrez thematisiert dabei das mitunter komplizierte Spannungsverhältnis zwischen Entwicklungszusammenarbeit, professioneller bezahlter NGO-Arbeit sowie den Interessen von lokalen Basisinitiativen. Wir verstehen die Reflexionen des Autors als eine Einladung an uns in Deutschland und Europa, die eigene Rolle und die Machtasymmetrien der internationalen Zusammenarbeit konstruktiv kritisch zu hinterfragen.

Libertäre Dystopien gegen das Leben

Zonen für Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung (ZEDEs) verschärfen die existentielle Bedrohung der Garífuna-Gemeinden in Honduras



Die von Palmöl- und Drogenbaronen zurückeroberte Gemeinde Vallecito (Faya) ist Symbol für Freiheit, Autonomie und Widerstand der honduranischen Garífuna, die sich in extremer Bedrängnis befinden: Über 80 Prozent ihrer Territorien könnten in Privatstädte für Unternehmer*innen umgewandelt werden. Bildquelle: OFRANEH

Von Jessica Fernandez und Norales Randolpho Garcia

Die Garífuna sind ein Volk mit indigenen (Arawak) und afrikanischen Ursprüngen.¹ Sie leben seit 1797 in der mittelamerikanischen Karibik, nachdem sie im 16. und 17. Jahrhundert für ihre Territorien auf der Insel St. Vincent auf den Kleinen Antillen gekämpft hatten. Dort widerstanden unsere Vorfahren etwa zwei Jahrhunderte lang der versuchten Enteignung durch das englische und französische Imperium. Daher ist das Volk der Garífuna seit Beginn seiner Geschichte durch Widerstand, Überleben und Kampf gegen strukturellen und institutionellen Rassismus und seine verschiedenen Erscheinungsformen gekennzeichnet. Die Garífuna kämpften stets für das Recht auf Land, die Bewahrung und Anerkennung der kulturellen Identität sowie für die Durchsetzung von Rechten - zunächst gegen die europäische Kolonialisierung in der Karibik, dann gegen die Politik des

Landraubs durch den honduranischen Staat sowie in- und ausländische Investor*innen. Der Widerstand stützt sich vor allem auf ein klar definiertes kulturelles Erbe und eine starke kollektive Identität, die über viele Jahrhunderte hinweg erhalten geblieben ist.²

Für die Garífuna ist das Territorium ein wesentlicher Bestandteil ihrer Identität; es ist der Ort, an dem die Sprache, die familiären Bindungen und das Wissen, weitergegeben werden. Sie machen unser Dasein, unsere Existenz, unseren Widerstand und unsere Wiedergeburt aus. Die Küstengebiete, die alle mit der unermesslichen Weite des Meeres verbunden sind, bieten nicht nur materiellen Lebensunterhalt. Sie sind auch eine Quelle des Lebens an sich und ein transzendentaler Teil der Spiritualität. Die Verbundenheit der Garífuna mit dem Meer beschränkt sich nicht auf seine Nutzung zur Erholung oder als Einkommensquelle; es ist ein wesentlicher Bestandteil der Gedankenwelt, des Wissens und der spirituellen Riten der

Gemeinschaft. Daher ist der Raub der Küstengebiete mehr als die Enteignung von Grundstücken. Sie ist ein Angriff auf die Sprache und die Traditionen, auf die Lebensweise und die Weltanschauung, eine Bedrohung für die Existenz des Volkes der Garífuna.

Den Garífuna-Gemeinden an der Karibikküste von Honduras wurden bereits in den letzten Jahrzehnten Tausende Hektar Land genommen – für Tourismus-Anlagen und riesige Monokulturen afrikanischer Ölpalmen. In den letzten Jahren verschärften sich Enteignung und Landraub.

Der honduranische Staat brachte verschiedene Gesetze und Projekte auf den Weg, die die wirtschaftliche Entwicklung auf der Grundlage des Extraktivismus³ auf fast dem gesamten Staatsgebiet fördern sollen, wobei der Schwerpunkt auf der Unterstützung von Bergbauprojekten, erneuerbaren Energien, Monokulturen, Tourismus und den umstrittenen Zonen für Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung (ZEDE) liegt.

Nach dem Staatsstreich in Honduras im Jahr 2009 wurde unter der Regierung von Porfirio Lobo Sosa am 6. September 2013 das Gesetz über die Zonen für Beschäftigung und wirtschaftliche Entwicklung (ZEDE) verabschiedet. Es handelt sich um private Städte innerhalb des Staatsgebiets, die ihre eigenen Gesetze und internen Regeln haben. Sie sind befugt, ihre eigene Politik und ihre eigenen Vorschriften festzulegen, um in- und ausländische Investor*innen anzuziehen. Der honduranische Kongress verabschiedete daher ein Gesetz zur Schaffung von Sonderentwicklungsregionen (RED) oder Modellstädten. Im selben Jahr erklärten vier Richter des Obersten Gerichtshofs von Honduras das Gesetz für verfassungswidrig, doch der Kongress entließ die vier Richter in einem irregulären Verfahren und ersetzte sie durch andere. Sie billigten die Verfassungsänderungen und machten den Weg für das nun in ZEDE-Gesetz umbenannte Regelwerk. Die Wirtschaftsinteressen im Kongress standen im Widerspruch zur Auffassung der Richter*innen, die in dem Gesetz eine Bedrohung der nationalen Souveränität sahen.

Mit der Verabschiedung des ZEDE-Gesetzes begann die Schaffung mehrerer Zonen: die Zone des Golfs von Cuyamel, die Zone des Golfs von Fonseca und die Zonen von Puerto Castilla, sowie Valle de Sico und Paulaya. Betroffen ist die Bevölkerung in den Departements Valle, Choluteca, Olancho, Cortés, Atlántida, Colón, Roatán und Gracias a Dios. In den vier letztgenannten befinden sich die Gemeinden der Garífuna in Honduras. Alle diese ZEDE-Projekte

werden von Ausländer*innen aus Europa und Nordamerika geleitet, die „libertären“ Ideologien anhängen.

So wie bereits das ZEDE-Gesetz und die Einrichtung der Zonen nicht konsultiert wurden, kann nun die Umsetzung konkreter Projekte in angestammten Gebieten der Garífuna beginnen, ohne zuvor das Verfahren der vorherigen Konsultation gemäß der ILO-Konvention 169 durchgeführt zu haben, in der das Recht indigener Völker auf das Land, das sie traditionell bewohnt haben, und das Recht auf eine freie, vorherige und informierte Konsultation vor der Entwicklung von Projekten, die indigene Gemeinschaften betreffen, verankert ist.⁴

Die ZEDEs sind ein wirtschaftliches Projekt, aber sie haben auch eine starke politische und soziale Konnotation, die die Klassenunterschiede verstärkt, da sie Privilegien für private Unternehmen, Industrien und verschiedene ausländische und nationale Investor*innen gewähren und so eine neue und mächtigere, neoliberale Elite in Honduras installieren. All dies geschieht durch die gewaltsame Vertreibung von Menschen und Gemeinschaften aus den Gebieten, die sie seit Jahrhunderten bewohnt haben.

So heißt es beispielsweise in Artikel 6 des ZEDE-Gesetzes, dass „Dritten das Eigentum, die Nutzung und der Besitz des Landes, das sie innehaben, ohne Ansehen der Nationalität gestattet werden muss.“ Das bedeutet, dass Investor*innen gegenüber der lokalen Bevölkerung deutlich im Vorteil sind. Darüber hinaus wird in Artikel 25 darauf hingewiesen, dass die ZEDEs Grundstücke mit geringer Bevölkerungsdichte im Auftrag des Staates Honduras verwalten und der Staat die Grundstücks- und Immobilieneigentümer nach vorheriger Entschädigung enteignen kann. Außerdem können die ZEDEs Immobilien und Grundstücke enteignen, wenn es Widerstand gegen den Verkauf gibt. Ebenso ist der Staat befugt, Eigentum zu enteignen, das er aus Gründen des „öffentlichen Nutzens oder der Notwendigkeit“ für die Entwicklung oder Erweiterung dieser Zonen für erforderlich hält.⁵ Auf diese Weise werden die internationalen Konventionen und Verträge zum Schutz des Gemeineigentums und des angestammten Territoriums der Garífuna unterlaufen. Dies bringt die Territorien der Garífuna im gesamten Staatsgebiet in große Gefahr.

Die Idee der Freiheit und Autonomie der Garífuna unterscheidet sich grundlegend von den Konzepten der Libertären, die aus einem extrem kapitalistischen Ansatz heraus „Steuerparadiese“ aufbauen, die auf Individualismus und Akkumulation

basieren.

Die Kosmovision der Garífuna drückt sich in auf die Vorfahren bezogenen Traditionen und Praktiken aus. Ihre Weltsicht ist der Idee der extraktivistischen „Entwicklung“ völlig entgegengesetzt. Als Credo des neoliberalen, rassistischen und patriarchalischen Systems bedroht diese alle Lebensformen. Sie schreitet voran, ohne ein Limit zu kennen, in der Annahme, dass die Ressourcen unbegrenzt sind, obwohl dies nicht der Fall ist. Das zerstört nicht nur die Gemeingüter, es bedroht auch das Leben aller Menschen und gefährdet elementare Dinge wie Ernährungssouveränität und Gesundheit. In unserer Garífuna-Philosophie geht es hingegen um Harmonie und Gemeinschaftsleben als überlebenswichtige Elemente und um die Gemeingüter als Element, das geachtet und bewahrt werden muss.

Jessica Fernandez Norales ist Garífuna-Aktivistin und -Forscherin, Doktorandin an der Universität Lissabon (Dissertation über Alternativen zur „Entwicklung“ aus der Sicht der Garífuna in Zentralamerika), Master in Internationalen Beziehungen und internationaler politischer Ökonomie

Randolfo Garcia Sandoval ist Garífuna-Aktivist, Mitglied der Organización Fraternal Negra de Honduras (OFRANEH)-Europa, Doktorand am University College of Cork, Irland. Master in Kulturwissenschaft, Bildung, globaler Gesellschaft/Soziologie und Sozialforschung, Universität Padua

Eine längere Version dieses Textes, die der Dystopie der ZEDE die Utopie der neu gegründeten Garífuna-Gemeinde Vallecito (Faya) gegenüberstellt, erscheint Ende 2021 im Hinterland-Magazin des Bayerischen Flüchtlingsrates.

Zur Debatte um die Umsetzung der ILO-Konvention 169 siehe auch: https://www.oeku-buero.de/files/docs/Factsheets/FactSheet07_WEB.pdf Zu den Voraussetzungen und Hintergründen der Entwicklung: <https://www.oeku-buero.de/buko-seminar-charter-cities-zede-honduras/articles/die-zerst%C3%B6rung-der-staatlichen-strukturen-dieses-landes-macht-sprachlos.html>

5 Vgl. ZEDE-Gesetz: https://www.tsc.gob.hn/web/leyes/Ley_zonas_empleo_desarrollo_eco_2013.pdf

Übersetzung: Ökubüro München

- 1 Siehe Nancie Gonzales (2006) *Sojourners of the Caribbean: Ethnogenesis and Ethnohistory of the Garífuna*. Illinois: University of Illinois Press
- 2 Diese Elemente führten dazu, dass die Garífuna-Sprache und -Musik 2001 von der UNESCO zum Immateriellen Kulturerbe der Menschheit erklärt wurden.
- 3 Der Begriff "Extraktivismus" leitet sich vom Lateinischen "ex-tractum" ab und wird zur Beschreibung von Wirtschaftsmodellen zur Gewinnung von Energieträgern, Metallen und anderen Rohstoffen verwendet. Vgl. Gudynas (2013) "Extracciones, Extractivismos y Extrahecciones".
- 4 https://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/@ed_norm/@normes/documents/publication/wcms_100900.pdf

In El Salvador gilt das Recht auf Wasser – aber für wen?



Wasser ist wertvoller als Gold - Foto: RACDES

Von Omar Flores (FESPAD)

Fünfzehn Jahre sind vergangen, seit der gesetzgebenden Versammlung von El Salvador der erste Gesetzentwurf für die Anerkennung und Regulierung des Menschenrechts auf Wasser vorgelegt wurde. Über die Jahre gab es immer wieder Gesetzesvorlagen aus verschiedenen Sektoren, die unterschiedliche Ziele verfolgten: Einige Initiativen richteten ihren Schwerpunkt auf die Wirtschaft, andere auf die Menschenrechte.

Doch dann schickte das neue Parlament am 1. Mai 2021 all diese vorgeschlagenen Vorschriften zur Regulierung des Wassers ins Archiv – auch jene, die von sozialen Organisationen mit einem Fokus auf die Menschenrechte vorgelegt worden waren.

Auf Initiative des Präsidenten der Republik legte der Minister für Umwelt und Natürliche Ressourcen am 18. Juni 2021 den Entwurf für das Allgemeine Wasserressourcengesetz vor. In der gesetzgebenden Versammlung wurde eine Ad-hoc-Kommission gegründet, die verschiedene Sektoren der Gesellschaft, darunter auch zivilgesellschaftliche Organisationen, dazu einlud, Beiträge zu diesem Gesetzesvorschlag einzureichen. Die Konsultationsphase lief am 26. Au-

gust 2021 aus. Anschließend eröffnete die Kommission die Diskussion über die einzelnen Artikel des Gesetzes, die am 21. Oktober zu Ende ging. An dieser Stelle ist darauf hinzuweisen, dass die Ad-hoc-Kommission auch einen Monat nach dem Ende der Gespräche über die rund 170 Artikel noch keine Stellungnahme abgegeben hat, um ihren Auftrag abzuschließen.

Für den Gesetzesvorschlag brachten die sozialen Organisationen von Anfang an fünf zentrale Forderungen ein, die in einem solchen Gesetz berücksichtigt werden sollten: Wasser ist ein öffentliches Gut und das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung muss anerkannt werden; die Wasserversorgung muss im Wesentlichen in öffentlicher Hand liegen, wobei sich die Bevölkerung wirksam beteiligen kann; es muss ein nachhaltiges Management für Wassereinzugsgebiete festgelegt und im Hinblick auf Tarife, Gebühren und Abgaben ein faires und angemessenes wirtschaftliches und finanzielles System etabliert werden.

Allerdings gibt es im Gesetzestext mehrere Punkte, bei denen die Vorschläge der sozialen Organisationen nicht aufgenommen wurden und stattdessen die Interessen wirtschaftlicher Sektoren Vorzug erhielten.

1. Zwar wird das Konzept vom Menschenrecht auf Wasser aufgenommen und soll anerkannt werden, doch werden in dem entsprechenden Artikel keinerlei Bedingungen oder Elemente aufgeführt, damit es erfüllt werden kann. Das Gesetz gibt keine klare Priorisierung der Wassernutzung für den menschlichen Verbrauch, häusliche Tätigkeiten und die Nahrungsmittelproduktion vor. Zwar wird eine Aussage über die Nutzungsmöglichkeiten getroffen, doch sind Bestimmungen enthalten, die darauf abzielen, Wirtschaftssektoren zu privilegieren. Gleichmaßen wird die Privatisierung von Wasser zwar explizit verboten, doch wird zugleich nicht ausgeschlossen, dass die Wassernutzung durch Wirtschaftsakteur*innen über Konzessionen oder öffentlich-private Partnerschaften erfolgen kann.

2. Die „Bürger*innenbeteiligung“ ist bei der Wasserbehörde zentralisiert. Zwar soll dem Vorstand der Salvadorianischen Wasserbehörde (Autoridad Salvadoreña del Agua, ASA) auch ein*e Vertreter*in der Zivilgesellschaft angehören, doch ist diese Vertretung daran geknüpft, dass der Präsident der Republik diese Person aus einer Liste von drei Personen auswählt.

3. Die Rolle der gemeinschaftlich organisierten Wasserausschüsse, die Wasser auf gemeinnütziger Basis bereitstellen, wird ignoriert. Angesichts der Unfähigkeit des Staates haben die gemeinschaftlichen Wassersysteme einen wichtigen Beitrag zur Trinkwasserversorgung geleistet. Offiziellen Angaben zufolge gab es 2016 insgesamt 2.325 gemeinschaftliche Wassersysteme, mit denen 1.261.846 Menschen versorgt wurden. Trotzdem werden diese im Gesetz nicht anerkannt und anstatt sie zu stärken, werden ihnen für die Entnahme von Wasser aus Grundwasserleitern zur Versorgung der Bevölkerung Gebühren auferlegt.

4. Für die Wassernutzung durch private Sektoren werden übermäßig lange Nutzungszeiten eingeräumt. In seinem endgültigen Wortlaut sieht der Gesetzentwurf Nutzungszeiten von bis zu 15 Jahren vor, die noch einmal um den gleichen Zeitraum verlängert werden können. Diese Zeiträume sind überzogen und verhindern entsprechende Bewertungen der Nachhaltigkeit von Grundwasserleitern.

Mit anderen Worten: Das Allgemeine Wasserressourcengesetz beruft sich unter anderem auf das Konzept von Wasser als Menschenrecht, schafft aber

keine konkreten Bedingungen, die der allgemeinen Bevölkerung den ausreichenden Zugang zu erschwinglichem Wasser für den menschlichen Verbrauch, Haushaltsaktivitäten und die Nahrungsmittelherstellung garantieren.

Das sind nur einige der Beobachtungen, die soziale Bewegungen machen. Gleichmaßen wandten sich der Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf sauberes Trinkwasser und Sanitärversorgung und der Sonderberichterstatter für Menschenrechte und Umwelt am 1. November 2021 mit einer Mitteilung an den Staat El Salvador, die Folgendes beinhaltete:

A. Sie stellten mit Besorgnis fest, dass die gemeinschaftlich organisierten Wasserausschüsse, die die Bevölkerung mit Trinkwasser versorgen, und die privaten Unternehmen, die aus ihrer Wassernutzung Profite ziehen, im Gesetz ungleich behandelt werden. So heißt es in der Mitteilung wörtlich: „Wir sind besorgt über die Bestimmungen in Artikel 61 des Gesetzentwurfs, die vorsehen, dass lokale Wasserbetreiber und -dienstleister wie beispielsweise die gemeinschaftlich organisierten Wasserausschüsse Genehmigungen nur für eine Dauer von fünf Jahren erhalten sollen sowie maximal weitere fünf Jahre, sofern eine solche Verlängerung genehmigt wird, während auf der anderen Seite private Unternehmen eine Wassernutzungsgenehmigung über einen Zeitraum von 15 Jahren erhalten können und sogar bis maximal 30 Jahre, da eine Verlängerung um weitere 15 Jahre möglich ist. Außerdem sind solche Privatunternehmen laut Artikel 58 und 63 des Gesetzentwurfs nicht ausdrücklich verpflichtet, bei der zuständigen Behörde eine Umweltgenehmigung einzuholen, die auf den entsprechenden technischen Gutachten basiert.“

B. Außerdem weisen sie darauf hin, dass es keinen speziellen Absatz über die Wasseraufbereitung gibt, und empfehlen deshalb, „über die im derzeitigen Gesetzentwurf enthaltenen Erwägungen zu Genehmigungen und Gebühren für Einleitungen hinausgehend einen spezifischen Absatz über die Regulierung der Wasseraufbereitung, der die Behandlung von Abwasser und Klärschlamm regelt,“ in das Gesetz aufzunehmen.

Wenn diese und weitere Empfehlungen der sozialen Organisationen und der genannten Berichterstatter nicht berücksichtigt werden, wird das Gesetz lediglich ein Regelungsinstrument sein, das die Wasserrangerechtigkeit mitträgt und die schwierige Situation des Menschenrechts auf Wasser sowie die

Ungleichheit beim Zugang zu Trinkwasser und hinsichtlich der Wasserqualität weiter vertieft. Letztlich wird das Wasser in El Salvador ein Geschäft für einige Wenige bleiben.

In diesem Sinne wird die ungerechte Verteilung des verfügbaren Wassers mit dem Allgemeinen Wasserressourcengesetz zur Norm werden, da nur 27 Prozent davon für den menschlichen Verbrauch und die Versorgung der Bevölkerung bestimmt sind, wie das Ministerium für Umwelt und Natürliche Ressourcen 2016 feststellte. Und es wird den mangelnden Wasserbesitz, der einer Haushalts- und Mehrzweckumfrage von 2020 zufolge in ländlichen Gebieten bei 34,6 Prozent und in den Städten bei 9,8 Prozent liegt, legalisieren.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass der derzeitige Entwurf des Allgemeinen Wasserressourcengesetzes nicht das Ergebnis der Zugeständnisse und Beiträge der Organisationen ist, die seit mehr als fünfzehn Jahren für ein Gesetz und eine Verfassungsreform kämpfen, die das Menschenrecht auf Wasser und Sanitärversorgung beinhalten. Doch scheint es die Zustimmung mächtiger Wirtschaftszweige zu haben, die Wasser zu einer Ware machen wollen.

Auch wenn die Artikel im Gesetz das Konzept des Menschenrechts auf Wasser beinhalten, spiegelt sich dieses Konzept nicht in der Institutionalisierung wider und auch nicht in den vorgesehenen Gebühren, der Beteiligung der Bürger*innen, der Beachtung der gemeinschaftlich organisierten Wasserausschüsse, dem Nutzen für die Bevölkerung, dem Schutz der Wassereinzugsgebiete, der Beachtung der Frage der Sanitärversorgung, einer angemessenen Nutzungsdauer, um eine Übernutzung von Grundwasserleitern zu verhindern, usw.

Übersetzung: Katja Rameil

Licht und Schatten rund um den Bitcoin



Bitcoin Foto: QuinceCreative

Von Julia Evelyn Martínez

In diesem Artikel geht es um den Bitcoin, die bekannteste und derzeit am häufigsten genutzte Kryptowährung. Er diskutiert die allgemeinen Aspekte dieser Währung sowie die Vor- und Nachteile ihrer wachsenden Popularität und analysiert ausgehend von den jüngsten Erfahrungen in El Salvador die Möglichkeiten, die sie als gesetzliches Zahlungsmittel bietet.

1. Die Anfänge des Bitcoin

Der Bitcoin entstand im Jahr 2009. Seine Schaffung wird einer Gruppe von Programmierer*innen zugeschrieben, die unter dem Namen Satoshi Nakamoto das Netzwerkprotokoll und die Referenzsoftware dieser Kryptowährung erzeugte.

Diesem Protokoll zufolge existiert eine begrenzte Anzahl an Bitcoins in Höhe von 21 Millionen Geldeinheiten, die die Plattform generieren kann. Jeder Bitcoin kann in 100.000 Bruchstücke unterteilt werden, die Satoshis heißen. Von dieser Gesamtmenge sind derzeit mehr als 18.856.000 Geldeinheiten im Umlauf, in der ursprünglichen Reserve befinden sich noch weniger als 2.000.000 Bitcoin-Einheiten.

Eigentlich sollte mit Bitcoin eine Alternative geschaffen werden: Ziel war es, den Entwicklungen zur

wirtschaftlichen Ungleichheit und Überschuldung der Menschen entgegenwirken, die aus den herkömmlichen Währungssystemen resultieren. Die Regierungen schaffen Fiatgeld, das über keinen inneren Geldwert verfügt. Die Eigenschaften des Bitcoin und die Transaktionen in der Kryptowährung sollten die Menschen zum Sparen animieren und ihre Abhängigkeit von den Finanzkreisläufen verringern, die von den kapitalistischen Finanzinstituten kontrolliert werden.

Seit seiner Erschaffung ist der Wert des Bitcoin in US-Dollar stetig gestiegen. Am 12. Oktober 2009 war jeder Bitcoin noch weniger als 0,01 US-Dollar wert – am 12. Oktober 2021 lag der Wert pro Bitcoin bei 56.935,00 US-Dollar.

Der Bitcoin-Wert ist weder an eine physische Ressource wie zum Beispiel Gold oder Silber noch an eine Fiatwährung wie Dollar oder Euro gekoppelt. Er entsteht ausschließlich aus der Knappheit von Bitcoin aufgrund der begrenzten Anzahl der Geldeinheiten sowie dem Vertrauen, das seine Nutzer*innen in die Sicherheit der Transaktionen und den Datenschutz haben.

2. Allgemeine Aspekte des Bitcoin

Der Bitcoin ist eine Kryptowährung, die sich durch drei Merkmale charakterisiert.

Zum einen handelt es sich nicht um eine physische, sondern eine rein virtuelle Währung. Sie funktioniert mit einer kryptographischen Verschlüsselung, die verhindert, dass Währungseinheiten kopiert oder gefälscht werden können.

Zum anderen wird ihre Erstellung und Verwendung nicht durch eine zentrale Behörde reguliert, weder von einer öffentlichen Institution wie zum Beispiel einer Zentralbank noch durch etwa eine Privatbank. Der Bitcoin ist also ein Währungssystem, das parallel zum traditionellen Geldsystem existiert.

Das dritte Merkmal ist die Integrität der Bitcoin-Datenbank, die auf einer neuen Technologie namens Blockchain basiert. Die Datenbank arbeitet dezentral und besteht aus Datenblöcken mit Informationen über Bitcoin-Transaktionen. Diese Blöcke werden bei jeder Verwendung der Kryptowährung in Echtzeit hinzugefügt. Vereinfacht ausgedrückt ist die Blockchain wie ein Notizbuch, das stetig um neue Seiten mit Informationen ergänzt wird, die sich weder löschen noch kopieren lassen.

Diese stets neuen Datenblöcke werden durch die Arbeit einer weltweiten Gemeinschaft aus Personen, den sogenannten Miner*innen (engl. miners), generiert. Sie setzen ihre Programmierfähigkeiten ein und arbeiten in Teams daran, die komplexen mathematischen Probleme zu lösen, die die Datenbank automatisch bei jeder Bitcoin-Transaktion erzeugt. Durch diese Arbeit der Miner*innen werden die Bitcoin-Transaktionen verifiziert, genehmigt und in Datenblöcken abgelegt, die verschlüsselt sind und daher nicht gehackt werden können.

Die Miner*innen, die diese Probleme am schnellsten lösen, werden mit neuen Bitcoins „belohnt“, die sich noch in der ursprünglichen Reserve befinden. Diese werden an diejenigen vergeben, die an der Lösung der mathematischen Probleme beteiligt waren und damit zur Aufrechterhaltung der Sicherheit des Systems beitragen.

3. Vorteile und Nachteile der Nutzung von Bitcoin

Der Einsatz der Kryptowährung hat Vor- und Nachteile.

Mit Bitcoin können Überweisungen vorgenommen sowie Einkäufe beglichen werden. Die Transaktionen werden sofort und weltweit durchgeführt und sind sicher und gebührenfrei. Für eine Bitcoin-Transaktion benötigen die Beteiligten lediglich eine App auf ihrem Computer oder Handy, die digitale Geldbörse (engl. wallet). Diese ermöglicht den Nutzer*in-

nen die Aufbewahrung und Verwaltung ihrer Bitcoins sowie die Verwendung eines persönlichen verschlüsselten Zugangs, mit dem sie den Versand sowie den Empfang von Bitcoins autorisieren können.

Die Bitcoins können außerdem dazu verwendet werden, um persönliche Ersparnisse zu vermehren und dem individuellen Überschuldungstrend entgegensteuern, der durch die vermehrte Ausgabe von Fiatgeld mit den damit verbundenen Auswirkungen auf den Wertverlust nationaler Währungen sowie den Anstieg der Inflation verursacht wird.

Außerdem sind Bitcoin-Transaktionen eine ideale Alternative, in der die sichere Verwendung personenbezogener Daten gewährleistet und der Zugriff von Regierungen oder Unternehmen darauf verhindert wird.

Darüber hinaus ist der Umtausch von Bitcoin in eine der Nationalwährungen unkompliziert: Es wird lediglich EXCHANGE benötigt, eine App, mit der die Bitcoins oder Bitcoin-Geldeinheiten, die in die Nationalwährung umgetauscht werden sollen, zum Verkauf angeboten werden. Dann folgt das Warten auf den Verkauf und die anschließende Einzahlung auf ein Bankkonto oder das Abheben von Bargeld an einem EXCHANGE-Geldautomaten.

Neben diesen Vorteilen birgt die Nutzung von Bitcoin aber auch Nachteile.

Ein erster Minuspunkt sind die enormen Auswirkungen auf die Umwelt durch das Schürfen (engl. mining), also das Erschaffen des Bitcoins. Die elektronische Ausstattung, die zum Überprüfen, Genehmigen und Ablegen der Bitcoin-Transaktionsdaten benötigt wird, verbraucht große Mengen erneuerbarer wie auch umweltschädlicher Energien. Einem Bericht der Bank of America zufolge stiegen die Kohlendioxidemissionen durch das Bitcoin-Netzwerk in den letzten zwei Jahren um 40 Millionen Tonnen. Eine Transaktion im Wert von 1 Milliarde US-Dollar produziert dem Bericht zufolge Emissionen in Höhe von 5,4 Millionen Tonnen Kohlenstoffdioxid.

Ein weiterer Nachteil der Nutzung von Bitcoin ist, dass der geschützte Umgang mit personenbezogenen Daten im Bitcoin-Netzwerk kriminelle Aktivitäten oder deren Finanzierung begünstigt. Immer häufiger wird über die Nutzung von Bitcoin durch kriminelle Organisationen berichtet, die die Währung unter anderem für Menschenhandel, Entführung, Erpressung oder den Handel mit Kinderpornografie nutzen.

Entgegen den Vorstellungen der Erschaffer*innen erscheint der Bitcoin-Markt zunehmend als etwas, das

den schlimmsten Auswüchsen des kapitalistischen Systems gleicht. Er hat sich zu einer Art „globalem Casino“ entwickelt, das von großen Spekulant*innen beherrscht wird. Diese kaufen und verkaufen Bitcoin mit dem Ziel, auf Kosten kleinerer und durchschnittlicher Nutzer*innen schnelle Gewinne zu machen.

Eine aktuelle Studie der Nonprofit-Forschungsorganisation National Bureau of Economics Research (2021) zeigt, dass die zehntausend größten Bitcoin-Investor*innen ein Drittel aller Transaktionen der Kryptowährung tätigen und dass 10 Prozent der Miner*innen 90 Prozent der Generierungskapazität kontrollieren.

4. Bitcoin in El Salvador

Am 7. September 2021 trat in El Salvador ein Gesetz in Kraft, das den Bitcoin, wie den bereits etablierten US-Dollar, als gesetzliches Zahlungsmittel festlegte. Diesem Gesetz zufolge können alle wirtschaftlichen Akteur*innen ihre Einkäufe oder Zahlungen in Bitcoin abwickeln. Preise von Waren und Dienstleistungen werden nun in Dollar und in Bitcoin angegeben. Außerdem sieht das Gesetz vor, dass der Staat ein EXCHANGE-Wallet einrichten muss, das es den Nutzer*innen ermöglicht, Bitcoins zu kaufen,

Transaktionen in der Kryptowährung zu tätigen sowie Bitcoins in US-Dollar zu wechseln.

Zwei Monate nach der Einführung dieses Gesetzes geben die bisherigen Erfahrungen mit der Bitcoin-Währung allerdings wenig Hoffnung darauf, dass sie einen positiven Beitrag zur künftigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung im Land leisten kann.

Die Popularität des Bitcoin ist weiterhin gering, trotz der Bemühungen seitens der Regierung, mit einer digitalen Geldbörse namens Chivo Wallet zu seiner Nutzung anzuregen. Diese Geldbörse wurde aus öffentlichen Mitteln finanziert, wird aber von einem Privatunternehmen unter einer Investorengruppe verwaltet, die Präsident Nayib Bukele nahesteht.

Eine Werbemaßnahme der Regierung für die Nutzung des Chivo Wallet war eine Gutschrift über 30 Dollar pro Person beim Download der Anwendung. Diese Gutschrift führte zu einer Vielzahl von Downloads und langen Warteschlangen vor den EXCHANGE-Geldautomaten, wo Menschen diese Gutschrift abhoben, aber keine Transaktion mit dem Wallet tätigten.

Das Chivo Wallet wies außerdem zahlreiche Schwachstellen auf, darunter Verzögerungen bei der Buchung von Transaktionen, fehlende Buchungen



Soziale Organisationen kritisieren die Einführung des Bitcoin, Foto: Arpas

von Geldbeträgen auf einzelnen Konten sowie die Fälschung von Identitäten, um ein Konto zu eröffnen und die staatliche Gutschrift einzustreichen.

Die Regierung hat zudem eine Bitcoin-Mining-Farm in einem ihrer geothermischen Kraftwerke errichtet. Auch hier sind die Entwicklungen enttäuschend. Im ersten Monat nach ihrer Inbetriebnahme schürfte sie im Durchschnitt lediglich 0,00483976 Bitcoin pro Tag, also ungefähr 200 Euro täglich. Wegen des erhöhten Energiebedarfs durch die Farm begannen Umweltorganisationen aus El Salvador außerdem vor steigenden Preisen für den Stromverbrauch für Privathaushalte und einer vermehrten Nutzung umweltschädlicher Energien zu warnen.

Besonders besorgniserregend in El Salvador war schließlich die Entscheidung von Präsident Nayib Bukele, dann große Mengen an Bitcoin einzukaufen, wenn der Marktwert niedrig ist. Diese Ankäufe werden ohne jegliche Überwachung durch öffentliche oder private Institutionen aus öffentlichen Geldern finanziert. Außerdem werden sie über ein Privatkonto realisiert, das direkt vom Präsidenten verwaltet wird. Er allein verfügt über den Schlüssel für den Zugriff auf das Konto. Nicht nur das weckt Misstrauen, sondern auch die Tatsache, dass die demokratischen Institutionen in El Salvador seit dem 1. Mai 2021 kontinuierlich geschwächt werden und der Regierungsstil von Präsident Bukele immer autokratischer anmutet.

5. Fazit

Kryptowährungen stellen die Zukunft der kapitalistischen Geldsysteme dar: Eine Zukunft, in der die Geldsysteme nicht durch Staaten geregelt werden, sondern durch Märkte, also Angebot und Nachfrage, die eine Minderheit der Eigentümer*innen dieser Währungen kontrolliert.

Gegenwärtig lässt sich die Verwendung von Bitcoin nicht als entweder „gut“ oder „schlecht“ bewerten. Vielmehr hängt alles davon ab, wie diese Kryptowährung verwendet wird. Wird damit spekuliert oder gespart, um die Zukunft zu sichern? Oder wird sie eingesetzt, um kriminelle Transaktionen zu verschleiern? Wir werden sehen.

Allerdings sollte niemand zur Verwendung einer Kryptowährung verpflichtet oder diese gar von staatlicher Seite angeordnet werden. Eine solche Entscheidung sollte individuell getroffen werden können – bestmöglich informiert und mit Kenntnis aller Risiken und Vorteile.

Bibliografie

Ammous, Saifedean, „El patrón Bitcoin. La alternativa descentralizada a los bancos centrales“. Ediciones Deusto, Spanien. 2018.

BBC MUNDO. „Qué tanto contamina el Bitcoin, la moneda que contamina más que el consumo de electricidad que Finlandia, Suiza y Argentina“, 22. Februar 2021

National Bureau of Economic Research. „Blockchain analysis of the Bitcoin Market“, Cambridge, Massachusetts, Oktober 2021.

Aus dem Spanischen von Sina Kordowich

Brasilien und der gesellschaftliche Disput um Agrargifte

Von Christian Russau

In Brasilien boomt seit Jahren der Umsatz der meist ins Ausland exportierten Cash Crops wie Soja, Mais, Baumwolle, Kaffee und Orangensaftkonzentrate. Und Brasilien wurde binnen weniger Jahrzehnte zum Weltmeister beim Verbrauch von Agrarchemikalien. Seit in Brasilien im Jahr 2010 erstmals mehr als eine Million Tonnen Pestizide in der Landwirtschaft versprüht wurden, trägt es den unrühmlichen Titel des größten Pestizidverbrauchers weltweit. Und mit Tereza Cristina ist eine erklärte Lobbyistin in Sachen Agrargifte Landwirtschaftsministerin geworden. „Brasilien – das Paradies der Agrargifte“, so titelte das angesehen Portal Carta Capital im Juni 2019.



Achtung Gift - Foto: Christian Russau

„Pflanzenschutz“: Kampf um Deutungshoheiten

Dieser Imageschaden bleibt nicht ohne Reaktion: Eine Koalition aus Politiker*innen und Großfarmer*innen hat sich mittlerweile zusammen mit Industrievertreter*innen daran gemacht, die medialen und gesellschaftlichen Narrative um agrarchemikalische

Wirkstoffe durch Wortverschiebungen zu beeinflussen.

In Brasilien war es ab spätestens 1988, dem Jahr der neuen Verfassung, in öffentlichen Dokumenten üblich, von „agrotóxicos“ (deutsch: „Agrargiften“) zu sprechen, so z. B. §4 von Kapitel 5 der brasilianischen Verfassung, wo es um die Rechte und Pflichten öffentlicher Kommunikation geht. Dort ist explizit von „agrotóxicos“ die Rede. Auch ein Jahr später, im Gesetz N° 7.802/1989 ist in den Grundlagenbestimmungen über Produktion, Lagerung, Verwendung und Entsorgung von Agrarchemikalien explizit von Agrotóxicos die Rede. Hintergrund war, dass einem Großteil der damaligen Verfasser*innen der Gesetze die Gefährlichkeit und Giftigkeit der Agrotóxicos in der Tat bekannt und ihnen bewusst war. Diesen war für die Sicherheit und Gesundheit der Bevölkerung die vom Staat verwendete Begriffswahl für Produkte wichtig, um den Menschen die Gefahr einer potenziellen Vergiftung vor Augen zu führen.

Diese Vorsichtsmaßnahme scheint aber mittlerweile nicht mehr so viel zu zählen wie gesteigerte Produktionsmengen und Profite. Laut dem neuen Gesetzesentwurf 6299/2002 soll der Begriff Agrotóxicos sogar aus offiziellen Dokumenten gestrichen und durch „Pestizide“ ersetzt werden. Doch selbst dies geht einigen Parlamentarier*innen nicht weit genug: Nicht wenige Anhänger*innen der „ruralistas“ genannten, parteiübergreifenden Fraktion der Großfarmer*innen-Lobby würden lieber den Begriff „defensivo agrícola“ oder „defensivo fitossanitário“ einsetzen, was dem im Deutschen mittlerweile üblichen „Pflanzenschutzmittel“ am nächsten käme.

„Wenn der Landwirt weiß, dass das Produkt giftig ist, verwendet er es entweder mit erhöhter Sorgfalt oder sucht nach einer anderen Möglichkeit, den Schädling, den Erreger oder die invasive Pflanze zu bekämpfen“, so Adilson D. Paschoal von der Abteilung für Entomologie der Landwirtschaftlichen Fakultät der Bundesuniversität von São Paulo, USP. Den Begriff „Gift“ durch harmlosere Begriffe zu ersetzen, hält Paschoal für gefährlich: „Das ist ein unzulässiger und einseitiger Rückschritt, der darauf abzielt, die wahre Natur dieser Produkte, nämlich ihre Giftigkeit, zu verbergen“.

Steigende Krebsraten im Bundesstaat Matto Grosso

Wenn die insgesamt in Brasilien pro Jahr ausgebrachte Menge Agrargifte auf die Bevölkerung heruntergerechnet wird, so kommt man auf die erschreckende Menge von 7,3 Litern je brasilianischer Bürger*in. Dies ist aber „nur“ der Landesdurchschnitt. Brasilienweiter Spitzenreiter beim Versprühen von Agrargiften ist der Bundesstaat Mato Grosso: Dort wurden laut Berechnungen des staatlichen Instituts für Agrarsicherheit des Bundesstaats Mato Grosso (Indea) in den Jahren 2005 bis 2012 jährlich 13,3 Prozent (140 Millionen Liter) aller in Brasilien ausgebrachten Agrargifte versprüht. In der Gemeinde Sapezal, im Bundesstaat Mato Grosso, wurden im Jahr 2012 neun Millionen Liter Agrargifte zur Anwendung gebracht. Dies sind die letzten verfügbaren Daten des staatlichen Instituts für Agrarsicherheit des Bundesstaats Mato Grosso (Indea). Rechnet man die Menge an Agrargift auf ganz Brasilien um, resultieren die erwähnten 7,3 Liter pro Person. In Sapezal aber liegt dieser Wert 52 Mal höher: 393 Liter pro Person, auf der Basis der Bevölkerungszahl von 2016.

„Seit Anfang der 2000er Jahre wird viel genmodifiziertes Saatgut verkauft, das nicht stirbt, wenn man es beispielsweise großflächig mit Glyphosat spritzt. Die industrielle Landwirtschaft in Brasilien ist total abhängig von Pestiziden“, konstatiert der Aktivist Alan Tygel von der brasilianischen Kampagne gegen Agrargifte („Campanha permanente contra os agrotóxicos e pela vida“). Eine Studie der Bundesuniversität von Mato Grosso stellte bei einer Untersuchung fest, dass es in 13 Munizipien (644.746 Einwohner*innen laut letztem Zensus 2015), in denen zwischen 1992 und 2014 Soja, Mais und Baumwolle angebaut wurde, 1.442 Fälle von Magen-, Speiseröhren- und Bauchspeicheldrüsenkrebs gab. In den 13 Vergleichsmunizipien (219.801 Einwohner*innen laut letztem Zensus 2015), wo statt agrarwirtschaftlicher eine vorwiegend touristische Nutzung stattfand, lag die Zahl der Krebsfälle bei 53. Daraus errechnet sich in agrarwirtschaftlich genutzten Munizipien eine Krebsrate von 223,65 je 100.000 Einwohner*innen, in vorwiegend touristisch genutzten Munizipien ergibt sich eine Krebsrate von 24,11 je 100.000 Einwohner*innen. In Munizipien, wo eifrig Pestizide gesprüht werden, liegt die Krebsrate also statistisch um den Faktor 8 höher.¹

Hinzu kommt: In Brasilien werden jedes Jahr Tausende von brasilianischen Bürger*innen durch Agrargifte vergiftet. Die Zahl steigt dabei Jahr für Jahr an: 2007 lag sie bei 2.726 Fällen, 2017 schon bei 7.200, ein Anstieg um 164 Prozent.²

Rückstände in Nahrungsmitteln und Trinkwasser

Aber auch nicht-landwirtschaftlich genutzte Regionen sind von Agrargiften betroffen. Dies betrifft zum einen die Fälle, in denen verspritzte Agrarchemikalien als Rückstände auf den konsumierten Nahrungsmitteln verbleiben. Laut jüngsten vorliegenden Zahlen (2017/18) der Nationalen Behörde für Gesundheitsüberwachung ANVISA wurden bei Stichprobenüberprüfungen 14 gängiger landwirtschaftlicher Produkte³ in 23% der Fälle die zulässigen Grenzwerte überschritten.⁴

Ein weiterer äußerst kritischer Bereich ist der des Trinkwassers. Das Gesundheitsministerium prüft laut geltender Verordnung bislang auf 27 Stoffe⁵, die teils schwere Gesundheitsgefährdungen bei Kontakt bewirken können⁶. 16 dieser Substanzen gelten laut Anvisa als „extrem toxisch“ oder „hoch toxisch“, 11 werden in Zusammenhang mit chronischen Krankheiten wie Krebs, Missbildungen, hormonellen oder reproduktiven Störungen in Verbindung gebracht.⁷ Was die brasilianische Öffentlichkeit im April 2019 vor allem schockte: Im Jahr 2014 wurden in 75 Prozent der Tests Rückstände von Agrarchemikalien im Trinkwasser gefunden. 2015 stieg dieser Wert auf 84 Prozent, 2016 auf 88 Prozent und 2017 auf 92 Prozent.

Andernorts verboten – in Brasilien erlaubt

Die Regierung von Jair Bolsonaro gibt indessen weitere hochgiftige, andernorts verbotene Agrargifte frei, wie keine Regierung zuvor. Marcos Pedlowski ist Professor an der Universidade Estadual do Norte Fluminense in Campos dos Goytacazes im Bundesstaat Rio de Janeiro. Seinen Berechnungen zufolge lag in den Regierungsjahren der Arbeiterpartei PT der jährliche Durchschnitt für Neuzulassungen bei 140 Pestiziden, Herbiziden und Insektiziden, die Temer-Regierung steigerte diese Zahl 2017 und 2018 auf 277 bzw. 405. Die Bolsonaro-Regierung toppte dies noch einmal: Im ersten Regierungsjahr von Bolsonaro im Jahr 2019 wurden 503 Agrarchemikalien freigegeben. Neuesten Zahlen zufolge gab die Bolsonaro-Regierung im Jahr 2020 weitere 493 Agrotóxicos frei, 2021 waren es demnach bis zum Stichtag 29. September 441. Seit 2019 wurden in Brasilien also insgesamt 1.408 Agrotóxicos genehmigt.

Mitverantwortung von Konzernen?

Erster Adressat bei der Frage nach der deutschen Mitverantwortung für das massenhafte Ausbringen von Agrarchemikalien in Brasilien sind auch zwei deutsche Konzerne im Pestizid-Weltmarkt: Diesbezüglich hatte der Autor im Jahr 2016 eine Untersuchung der in Brasilien zum Verkauf angebotenen Wirkstoffe in Pestiziden durchgeführt.⁸ Ziel war es herauszufinden, ob und welche Wirkstoffe deutsche Unternehmen in Brasilien vertreiben, die auf EU-Ebene laut EU-Pesticides-Database⁹ nicht zugelassen sind. Diese Untersuchung wurde drei Jahre später wiederholt. Das Ergebnis: Die Zahl der von den beiden deutschen Unternehmen in Brasilien vertriebenen, aber auf EU-Ebene laut EU-Pesticides-Database nicht zugelassenen Wirkstoffe hat von acht (2016) auf 12 (2019)¹⁰, bzw. von neun (2016) auf 13 (2019) zugenommen.¹¹ Eine neue Untersuchung von Inkota, Misereor und der Rosa-Luxemburg-Stiftung für das Jahr 2020 bestätigt diese Daten.¹²

Solange es in Brasilien nicht verboten ist, werden diese Stoffe dort auch von deutschen Konzernen weiter vertrieben, wie 1988 der damalige Vorstandsvorsitzende eines großen Unternehmens, Hermann J. Strenger, einräumte: „In der Tat haben wir zum Beispiel in Brasilien nicht Gesetze wie in der Bundesrepublik.“ Dennoch sah er bei seiner Firma keine Doppelstandards walten, denn er ergänzte: „Aber wir stellen bei unseren Investitionen in Brasilien oder Indien, in den USA oder in Japan die gleichen Anforderungen wie hier.“¹³ Über 30 Jahre später verkaufte sein Unternehmen in Brasilien noch immer Herbizide, Insektizide und Fungizide, die in Europa verboten sind. Eine Online-Petition, die fordert, den Verkauf von in der EU verbotenen Pestiziden in alle Welt zu verbieten, erzielte im vergangenen Jahr über 177.000 Unterschriften.¹⁴

1 Siehe zusammenfassend <https://www.kritischeaktionae.de/bayer/rede-von-christian-russau-21/>

2 Siehe die Zusammenfassung unter <https://www.kritischeaktionae.de/bayer/rede-von-alan-tygel-2/>

3 Anvisa wählte aus: Ananas, Salat, Knoblauch, Reis, Süßkartoffeln, Rote Bete, Karotte, Chayote, Guave, Orange, Mango, Paprika, Tomate und Weintrauben.

4 http://portal.anvisa.gov.br/documents/111215/0/Relat%C3%B3rio+%E2%80%93+PARA+2017-2018_Final.pdf/e1d0c988-1e69-4054-9a31-70355109acc9#page=5

5 <https://cevs-admin.rs.gov.br/upload/arquivos/>

6 Siehe zu den Gesundheitsrisiken der Stoffe zusammenfassend unter <https://portrasdoalimento.info/2019/04/12/conheca-os-27-agrotoxicos-encontrados-na-agua-que-abastasse-as-cidades-do-brasil/#>

7 Siehe zusammenfassend <https://exame.abril.com.br/brasil/1-em-4-municipios-tem-coquetel-com-agrotoxicos-na-agua-consulte-o-seu/>

8 „In der Giftfalle“, in: Christian Russau: Abstauben in Brasilien. Deutsche Konzerne im Zwielficht, online unter: https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/VSA_Russau_Abstauben_in_Brasilien.pdf#page=196

9 <http://ec.europa.eu/food/plant/pesticides/eu-pesticides-database/public/?event=homepage&language=EN>. Einige der Wirkstoffe haben in einigen EU-Mitgliedsstaaten nationale Zulassungen erhalten, siehe zum Beispiel Glufosinat, das auf nationaler Ebene in 21 EU-Staaten zugelassen ist.

10 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/bayer-doppelmoral-beim-pestizidverkauf-in-brasilien-hat-zugenommen>

11 <https://www.kooperation-brasilien.org/de/themen/landkonflikte-umwelt/basf-doppelmoral-beim-pestizidverkauf-in-brasilien-hat-zugenommen>

12 „Gefährliche Pestizide von BASF und Bayer. Ein globales Geschäft mit Doppelstandards“, März 2020, online unter <https://www.rosalux.de/publikation/id/42000>

13 Wir können nicht einfach auf Gift verzichten“, Interview mit Bayer-Chef Hermann J. Strenger, in: Der Spiegel 51/1988, online unter: www.spiegel.de/spiegel/print/d-13531711.html

14 <https://www.inkota.de/themen/welternaehrung-landwirtschaft/gefaehrliche-pestizide/gifteexporte-stoppen/>

Die Verteidigung der Bergfeuchtgebiete in Chiapas, zwischen kriminellen Kapitalismus und Buen Vivir (Gut Leben)*



Feuchtgebiet in San Cristobal de las Casas 2021. Foto: Leon Avila

Von Leon Enrique Avila

Die treibende Kraft des kapitalistischen Systems sind Profit und Gewinn. In diesem Sinne muss es auf wirtschaftlicher Ebene seine Reproduktion gewährleisten, und wenn dies vermittelt der Welt des Lebens (Moore, 2020) und der konsequenten Vernichtung der biologischen Vielfalt im gegenwärtigen Zeitalter des Anthropozäns (Rull, 2018) geschieht.

Naturschutzgebiete, ökologische Reservate, Wälder und Feuchtgebiete sind nicht mehr nur Zufluchtsorte für die indigene Bevölkerung und wild lebende Tiere, sondern besitzen einen neuen Wert, der sich aus der Wiederaneignung von Lebensräumen ergibt (Harvey 2004).

Wir leben derzeit in einer nekropolitischen Ära, in der die Sphäre des Todes die Räume des Lebens erobert hat, so dass Umwelt- und Menschenrechtsverteidiger heftig verfolgt werden. Die Organisation Global Witness hat den Verlust des Lebens von Umweltschützern dokumentiert, im Zeitraum von 2012 bis 2019 sind in Mexiko 83 Menschen gestorben (Gómez, 2020). Im Jahr 2020 war Mexiko weltweit das Land mit der zweithöchsten Zahl von Morden an Wildhütern.

Die Verteidigung der Bergfeuchtgebiete in San Cristóbal de las Casas, Chiapas, hat dazu geführt, dass im Jahre 2021 sechs Vorstände aus verschiedenen Stadtvierteln von verbrecherischen Gruppen und Kriminellen mit dem Tode bedroht werden und dass derzeit Mitglieder des Allgemeinen Rates der Südzone der Feuchtgebiete in den Mechanismus zum Schutz von Menschenrechtsverteidigern und Journalisten des

Innenministeriums der mexikanischen Regierung aufgenommen werden sollen.

DIE BERGFUCHTGEBIETE IN SAN CRISTOBAL DE LAS CASAS, CHIAPAS.

Im Valle de Jovel gibt es zwei ökologische Reservate, die zu den Bergfeuchtgebieten gehören: a) La Kist und b) María Eugenia, die 2008 erstmals ausgewiesen und 2011 durch ein Dekret der Regierung des Bundesstaates Chiapas bestätigt wurden. Im Jahr 2012 erklärte die Nationale Kommission für Naturschutzgebiete (CONANP) der Bundesregierung die Feuchtgebiete zu RAMSAR-Gebieten, das heißt als einer internationalen Konvention zum Schutz dieser einzigartigen Ökosysteme zugehörig.

Bergfeuchtgebiete sind Gewässer, die weniger als 5 Meter tief sind (Espiritu, 2013). Sie sind weltweit ernsthaft vom Verschwinden bedroht, ein sehr kleiner Prozentsatz ist noch vorhanden und stark durch anthropogene Aktivitäten bedroht. Das derzeit 115 Hektar große Feuchtgebietsreservat in den Bergen von María Eugenia verfügt über einen bedeutenden biologischen Reichtum mit mehreren endemischen Arten, darunter der endemische Popoyote-Fisch (*Profundulus hildebrandi*), der Laubfrosch (*Plectrohyla pycnochila*) und der Raubfrosch (*Eleutherodactylus glaucus*) (Chediack et.al, 2018).

Bergfeuchtgebiete erfüllen mehrere ökosystemische Funktionen, tragen zur Abschwächung von Überschwemmungen bei und sind als wasserkörperführende Bereiche eine wichtige Quelle für die Versorgung der umliegenden Bevölkerung mit wertvollem Wasser.

Das Handeln von Bund, Ländern und Gemeinden zum Schutz der Feuchtgebiete in den Bergen war begrenzt, da sie unter dem Druck der so genannten "Umweltverbände im Aufbruch" standen.

UMWELTVEREINIGUNGEN IN BEWEGUNG IN RICHTUNG BUEN VIVIR

Gesellschaften in Bewegung ist ein Konzept von Raúl Zibechi (2003), das er in seinem Buch „Die Genealogie der Revolte: Argentinische Gesellschaften in Bewegung“ postuliert, in dem er feststellt, dass die neuen sozialen Bewegungen auf Horizontalität, Autonomie und direkter Demokratie beruhen und eine Gegenmacht schaffen, eine neue soziale Macht, in der die solidarische Volksökonomie und das Entstehen ei-

ner gesellschaftlichen Alternative als neuer zivilisatorischer Horizont angesehen werden (Ávila 2018, Toledo 2018).

Die Ausweisung der Naturschutzgebiete (Áreas Naturales Protegidas) Kisst und María Eugenia als Bergfeuchtgebiete wurde durch die aktive Beteiligung der so genannten Umweltverbände ermöglicht (Cantú & Fenner 2021).

Im Jahr 2005 begann das Bauunternehmen Peje de Oro im Zuge der angestrebten Urbanisierung der Umgebung der UNICH mit der Abholzung des Waldes, was zu Protesten der Bewohner der Wohnsiedlungen Real del Monte und Kaltik führte. Damals fesselte sich eine Umweltschützerin an einen Manzanillabaum, um die Abholzung und Zerstörung des Feuchtgebiets zu verhindern. Diese Aktion veranlasste die Bürger dazu, sich für die Schaffung von ökologischen Reserven der Bergfeuchtgebiete einzusetzen, es wurden Diskussionsforen zu diesem Thema abgehalten und die Landesregierung gab im Jahre 2008 eine entsprechende Erklärung ab (Luna & Fenner, 2020).

Im Dezember 2014 versuchte das Bauunternehmen Peje de Oro erneut, eine Wohnsiedlung in der Nähe der UNICH zu errichten. Es wurde eine Beschwerde bei der PROFEPA eingereicht, und dank der Beteiligung von Nachbarn aus verschiedenen Vierteln und nach einem langen Kampf, an dem sich in herausragender Weise Frauen beteiligten, die sich einer Eingreiftruppe von Seiten des Bauunternehmens widersetzen, führte dies zu einem internationalen Skandal und zwang die Regierung, die Arbeiten auszusetzen. Im Mai (fünf Monate nach Baubeginn) stellte die PROFEPA die Arbeiten der Baufirma Peje de Oro (Ávila, 2021) ein.

Im Jahr 2016 wurde an der Universidad de la Tierra das Netzwerk für die Achtsamkeit gegenüber dem Leben und der Mutter Erde im Valle de Jovel (Red for el cuidado de la vida y la Madre Tierra en el Valle de Jovel) unter Beteiligung von mehr als 50 Siedlungen, Nachbarn, Nichtregierungsorganisationen und unter begeisterter Mitwirkung der kirchlichen Basisgemeinschaften (CEBs), der Sozialpastoralen und der Pastoralen der Erde gegründet. Das Netzwerk des Valle de Jovel konnte sich mit der 2016 gegründeten Nationalen Kampagne zur Verteidigung von Mutter Erde und des Territoriums (Campaña Nacional en Defensa de la Madre Tierra y el territorio) vernetzen, der es gelang, die wichtigsten Kämpfe in Mexiko zur Verteidigung von Wasser, Natur und Gebietsbereichen zusammenzuführen (Ávila, 2021).

Im Jahre 2016 wurde an der Universidad de la Tierra unter Mitwirkung von mehr als 50 Siedlungsbezirken, Nachbarn, Nichtregierungsorganisationen und unter enthusiastischer Beteiligung der kirchlichen Basisgemeinschaften (CEBs), der Sozialpastorale und der Erdpastorale im Valle de Jovel das Netzwerk für die Pflege des Lebens und der Mutter Erde gegründet. Das Netzwerk des Valle de Jovel vermochte es, sich mit der 2016 gegründeten Nationalen Kampagne zur Verteidigung von Mutter Erde und des Gebietes zu vernetzen, der es gelang, die in Mexiko wichtigsten Kämpfe zur Verteidigung von Wasser, Natur und Territorien zusammenzuführen (Ávila, 2021).

Im Jahr 2017 geht die Zerstörung der Feuchtge-



Wallfahrt zum heiligen Ort María Eugenia 2015. Foto: Leon Ávila

biete in den Bergen weiter, weshalb die Initiative Ex-poecocidio ins Leben gerufen wird, bei der eine Grafik- und Fotoausstellung die Zerstörung dieser Feuchtgebiete dokumentiert und mitten im Stadtzentrum von San Cristóbal de las Casas ausgestellt wurde. Im Jahr 2020 kommt es zeitgleich mit dem Auftreten der SARS-Covid19-Krankheit unter Nutzung der Demobilisierung und der Kampagne "bleib zu Hause" zu einer "Pandemie der Invasionen" im Gebiet des Bergfeuchtgebietes María Eugenia.

Am 14. September 2020 beschließen die Bewohner der südlichen Siedlungsgebiete, gegen die Zerstörung der Feuchtgebiete vorzugehen, und Umweltschützer bauen Versickerungsgräben, um das Wasser aufzufangen und das Eindringen von Füll- und Baumaterialien zu verhindern.

Am 29. Dezember 2020 kommt es zu einer Konfrontation zwischen Umweltschützern und Mitgliedern eines Stoßtrupps von Personen, die zum dritten Mal den Versickerungsgraben an der Straße zum FSTSE 2001 auffüllen wollten. Aufgrund der Aggres-

sionen, denen die Umweltschützer ausgesetzt waren, wurden sie vom Sekretariat des Bundesinnenministeriums in den Schutzmechanismus für Menschenrechtsverteidiger und Journalisten aufgenommen.

Die Umweltbewegung ruft für den 6. Februar 2021, aus Anlass des Welttages der Feuchtgebiete (2. Februar), zu einer großen Mobilisierung mit mehr als 1000 Teilnehmern auf, um die Behörden auf verschiedenen Ebenen aufzufordern, der Zerstörung der Umwelt Einhalt zu gebieten.

Am 22. März 2021 wurden in Begehung des Weltwassertages verschiedene Kommissionen und Vertreter der südlichen Siedlungsgebiete zu einer Blockade aufgerufen, um die Durchfahrt von Materialien zu verhindern, die zum Auffüllen der Feuchtgebiete in der Nähe des UNICH verwendet werden sollten; mit dieser Aktion wurde die Zerstörung mehr als acht Stunden lang aufgehalten. Ein mit Holz beladener Lastwagen wurde angehalten und den städtischen Behörden übergeben, die ihn später wieder freigaben.

Am 24. April 2021 werden im Rahmen des Welttages der Erde, die Kandidaten für das Gemeindepräsidium aufgerufen, die Erklärung zur Verteidigung der Bergfeuchtgebiete zu unterzeichnen.

Am 16. Juli 2021 werden Gruppen von Kleinmotorradfahrern¹ von Mitgliedern des Generalrats der Südzone und der Feuchtgebiete abgewehrt, als sie in eine Siedlung eindringen und mit großkalibrigen Waffen schießen, um zu versuchen, die Ratsmitglieder einzuschüchtern.

Die kirchlichen Basisgemeinden (Comunidades Eclesiales de Base - CEBs) / Die Sozialpastorale der Diözese von San Cristóbal de las Casas.

Die Diözese San Cristóbal de las Casas ist ein wichtiger Akteur bei der Verteidigung von Feuchtgebieten und ökologischen Reservaten in den Bergen. Unter dem Vikariat für Gerechtigkeit und Frieden, das von Gonzalo Ituarte geleitet wird (2015-2019), wurden Überlegungs- und Begleitprozesse zu Umweltfragen gefördert. Dabei waren die kirchlichen Basisgemeinschaften (CEBs) ein sehr wichtiger Akteur, die auf Initiative von Bischof Samuel Ruiz García entstanden, der die Diözese von 1940 bis 2000 leitete.

Mit dem Amtsantritt von Papst Franziskus im Jahr 2013, der aus dem Orden der Jesuiten stammt, und der Verkündigung der Enzyklika Laudato Si über das gemeinsame Haus und die Verteidigung der Natur versöhnt sich die katholische Kirche mit den Volksgruppen, und so werden zwei Prozesse verstärkt wieder aufgenommen: a) die Sozialpastorale und b) die

Pastorale der Erde.

SCHLUSSFOLGERUNGEN

Der kriminelle Kapitalismus besitzt in der Stadt San Cristóbal de las Casas in Chiapas eine starke Präsenz, und die territoriale Auseinandersetzung zwischen den Umweltverbänden in Bewegung und den Stoßtrupps/paramilitärischen Gruppen verschärft sich, was zu einer starken Auseinandersetzung zwischen der Welt des Lebens und der Sphäre des Todes führt.

Der Schutz des Wassers im Valle de Jovel ist zu einer komplizierten, komplexen und schwierigen Angelegenheit geworden, bei der das Leben von Umweltschützern auf dem Spiel steht und bei der die mexikanische Regierung sich gezwungen sah, Mitglieder verschiedener Verwaltungsräte der südlichen Siedlungsgebiete in den Mechanismus zum Schutz von Journalisten und Menschenrechtsverteidigern einzubeziehen.

Das Aufkommen bewaffneter Zusammenstöße, die in den Jahren 2020 und 2021 im Osten, Norden und Süden der Stadt von kriminellen Gruppen am helllichten Tag ausgetragen wurden, sind ein Hinweis auf die sich abzeichnenden Anzeichen eines Staates, der von der Makrokriminalität erfasst wurde ("Vázquez", 2020). Makrokriminelle Netze haben eine kriminelle Struktur, eine geschäftliche und eine politische Ebene. Wir befinden uns in einem Prozess der kriminellen Regierungsführung, in dem kriminelle Gruppen ein Gebiet auf der Grundlage ihrer eigenen Interessen regieren. In diesem Sinne wird der Kampf um die Feuchtgebiete in den Bergen zu einer zivilisatorischen Schlacht (Toledo, 2019), die durch die Schaffung von Prozessen der territorialen Verteidigung und des Kampfes für das Buen Vivir zum Aufbau neuer Identitäten beiträgt.

BIBLIOGRAFIE

Avila, Leon. (2018). Crisis Socioambiental y desastres: la generacion de poder social en México. En Avila : 1968 50 años de represion, despojo y resistencia. Editorial Quinto Sol.

Avila Romero, Leon Enrique , & Romero, A. Á. (2021). Disputas hídricas y despojo. Argumentos. Estudios críticos de la sociedad, 85-106.

Ávila Romero, L. E. (2021). Alternativas al colapso socioambiental desde América Latina (p. 160). Transcript Verlag, Alemania.

Calderón-Cisneros, A., & Soto-Pinto, L. (2014). Transformaciones agrícolas en el contexto periurbano de la ciudad de San Cristóbal de Las Casas, Chiapas. *LiminaR*, 12(1), 125-143.

Cantú Luna, Biniza & Fenner Sánchez, Gabriela. 2021. De pájaros, zapatistas y tratados internacionales: paradojas en la construcción de una agenda ambiental en San Cristóbal de las Casas, Chiapas. Núm. XXI, Revista Diversidad. -IDESMAC. www. Idesmac. Org

Chediack, S. E., Ramírez-Marcial, N., Martínez-Icó, M., & Castañeda-Ocaña, H. E. (2018). Macrófitos de los humedales de montaña de San Cristóbal de Las Casas, Chiapas, México. *Revista mexicana de biodiversidad*, 89(3), 757-768.

Estrada Jairo, , Sergio Moreno, Oscar Mejía Quintana, Ivonne León, Pablo Reyes, Carlos Medina Gallego, Catherine M. Conaghan, Tom Blickman . (2008). *El capitalismo criminal estudios criticos*. Universidad Nacional de Colombia Facultad de Derecho, Ciencias Políticas y Sociales Departamento de Ciencia Política. Instituto UNIJUS. Grupo de Investigación Theseus.

Galicia, Violeta, Rosset Peter, Avila, Leon.(2017). Entre la conservación y el extractivismo en las Areas naturales protegidas de Chiapas. En Sulvaran J. L y Sanchez Miguel. Patrimonio, territorio y buen vivir. UNICH.

Gómez, Thelma. (2020). México: 83 defensores del ambiente y el territorio asesinados entre 2012 y 2019. En Mongabay Latinoamerica. 18 de marzo de 2020. <https://es.mongabay.com/2020/03/mexico-defensores-de-ambiente-y-territorio-asesinados/>

Harvey, David. (2004). El nuevo imperialismo: acumulación por desposesión” En *Socialist Register* . CLACSO, Argentina.

Luna, J. B. C., & Sánchez, G. M. F. (2020). San Cristóbal de Las Casas: las consecuencias ambientales de un crecimiento ambicioso y descontrolado. *Diversidad*, (18), 109-122.

Merino García, P. A., Salazar, R., Rocha, E., & Altamirano González Ortega, M. A. (2013). Diversidad de aves asociadas a los humedales de montaña en San Cristóbal de Las Casas, Chiapas, México (No. TE/598.297275 M4).

Moore, Jason W. (2020). El Capitalismo en la trama de la vida: ecología y acumulación de capital. Tra-

ficantes de Sueños.

Morales Bermúdez, J. (2005). Entre ásperos caminos llanosla diócesis de San Cristóbal de Las Casas 1950-1995.

Rull, Valenti (2018). El antropoceno. *El Antropoceno*, 1-141. Editorial CSIC.

Toledo, V. M. (2018). Las claves ocultas de la sostenibilidad: transformación cultural, conciencia de especie y poder social. Las claves ocultas de la sostenibilidad: transformación cultural, conciencia de especie y poder social, 55-63.

Toledo, Victor Manuel 2019. Los civilizacionarios. UNAM. IESS Juan Pablos Editor.

Vazquez, Luis Daniel.2020. Captura del Estado, macrocriminalidad y derechos humanos. Fundacion Heinrich Boll.

Zibechi, R. (2003). Genealogía de la revuelta: Argentina: la sociedad en movimiento. Letra libre.

* Das südamerikanische Konzept des „guten Lebens“ („buen vivir“) verfolgt ein Gleichgewicht mit der Natur, die Reduktion von sozialer Ungleichheit, eine solidarische Wirtschaft und eine pluralistische Demokratie mit neuen Räumen zivilgesellschaftlicher Partizipation und ist eine systemkritische Antwort auf das westliche Entwicklungsdenken der letzten Jahrzehnte. Ein neues Entwicklungskonzept, das sich vom westlichen Wohlstandsparadigma verabschieden will.

1 Gruppen junger Leute, die auf Kleinmotorrädern unterwegs sind und sich an der organisierten Kriminalität beteiligen, bilden Stoßtrupps, die während der Gemeinderegierung von Marco Cancino (2015-2018) gefördert wurden, mit dem Ziel, ihre Gegner einzuschüchtern.

*Übersetzung Klaus E. Lehmann (Grundsätzlich ist es dem Öko-Büro wichtig, dass die von uns veröffentlichten Texte gendersensible Sprache benutzen. Üblicherweise gendern wir deshalb Texte, die aus dem Spanischen übersetzt werden, mit *. Auf ausdrücklichen Wunsch des Übersetzers ist dies hier nicht der Fall.)*

Internationale Solidarität und planetarische Kämpfe



Giftiger Schaum am Wasserfall El Salto de Juancatlán Foto: Arquímedes Flores

Von Alan Carmona Gutiérrez / *Un Salto de Vida*

Bereits seit Jahrhunderten gibt es auf der ganzen Welt Formen von interethnischen, „internationalen“ Allianzen. Sie wurden gebildet, um sich gegen gemeinsame Gegner zu verbünden, deren wachsende Macht nicht nur bereits unterdrückte Bevölkerungen gefährdete, sondern auch andere, die sich weiter weg befanden. Dennoch formierte sich der Begriff des Internationalismus und der internationalen Solidarität unter den Unterdrückten erst im 18. Jahrhundert mit der Gesellschaft der Brüderlichen Demokraten und anderen Organisationen, die in der Ersten Internationale und im Aufruf an die Arbeiterklasse zur Vereinigung gegen die bürgerliche Ausbeutung gipfelten.¹

Wenngleich der Internationalismus früher mit der Arbeiterbewegung verbunden war, so ist unser nächster Bezugspunkt heute der Zapatismus, seit die EZLN 1996 zum *Ersten Interkontinentalen Treffen für die Menschheit und gegen den Neoliberalismus*² einlud. Der Aufruf zu diesem Treffen lautete wie folgt: „Gegen die Internationale des Schreckens, die der Neoliberalismus darstellt, müssen wir die Internationale der Hoffnung erheben. Die Einheit jenseits der Grenzen, Sprachen, Hautfarben, Kulturen, Geschlechter, Strategien und Gedanken all derer, denen eine lebende Menschheit lieber ist.“³ Damit gelang es, Kämpfe für Autonomie,

die Verteidigung des Territoriums und indigene Rechte auf der ganzen Welt zu inspirieren.

Der Bruch mit dem traditionellen Konzept von Klasse (mit dem die großen vorangegangenen Bemühungen abgesteckt waren) und der Aufruf, sich dem Neoliberalismus entgegenzustellen und die Menschheit zu verteidigen, beflügelte wichtige Mobilisierungen gegen die Globalisierung in verschiedenen Regionen wie beispielsweise Seattle (USA), Genua (Italien), Davos (Schweiz), Johannesburg (Südafrika), Guadalajara (Mexiko) usw., bei denen es auch zu Repressionen, Ermordungen und Folter durch die Polizeikräfte des jeweiligen Landes kam.

Entgegen aller Kritik, die ihr Naivität, mangelnde Organisation und das Fehlen einer klaren politischen Agenda vorwarf, stellte die globalisierungskritische Bewegung die angeblichen Bemühungen zur Bekämpfung der Armut durch internationale Verträge und die Abkommen gegen den Klimawandel in Frage. In diesem Sinne wurden parallele Gipfeltreffen von Gemeinschaften und Organisationen ins Leben gerufen, an denen auch wir als Kollektiv teilnahmen, wie 2010 beim *Klimaforum* in Cancún gegen die *COP16* und 2012 beim *Alternativen Weltwasserforum (EAME)* in Paris gegen das *Weltwasserforum*.

Im Jahr 2006 startete der Zapatismus mit der Anderen Kampagne in Mexiko eine Initiative, um die

Menschen von unten in einer landesweiten Bewegung zusammenzuführen. Auf seinem Weg durch El Salto, Jalisco, schlug der *Subdelegierte Null* (Subcomandante Marcos) unter anderem vor: „dass wir gemeinsam zu einem landesweiten Treffen zur Verteidigung des anti-kapitalistischen und linken Daseins aufrufen“⁴ – eine Anstrengung, die jedoch wegen der Repression von Atenco und aus anderen Gründen seitens der EZLN nicht konkretisiert wurde. Doch wurde dieser Aufruf dann 2007 mit der Gründung der Nationalversammlung der Umweltgeschädigten (*Asamblea Nacional de Afectados Ambientales*, ANAA) realisiert, die bei ihren ersten Versammlungen mehr als 160 Gemeinden aus ganz Mexiko zusammenführte. Leider wurden diese Versammlungen wegen diverser Widersprüche und Mobilitätsprobleme 2015 eingestellt.

Dennoch bleiben die Gemeinden, Organisationen und Individuen weiter verbunden. Im Jahr 2019 führten wir die *#ToxiTourMexico* durch, eine Reise durch Gebiete in Mexiko, die unter Umweltzerstörung und toxischer Verschmutzung infolge des Freihandels leiden. Ausgehend von der inneren Stärkung unserer Prozesse nehmen wir diese Bemühung wieder auf, um unseren Kampf trotz der großen Einschränkungen, die uns durch die Pandemie auferlegt werden, weiter zu internationalisieren. Dabei zählen wir auf das anhaltende Engagement der beteiligten Organisationen aus Europa, den Vereinigten Staaten und Südamerika. Aus diesem Prozess sind interessante Reflexionen mit den Beteiligten über die Herausforderungen entstanden, die die internationale Solidarität bewältigen muss.

Eine davon ist die notorische Diskrepanz zwischen den materiellen Voraussetzungen der europäischen Organisationen und der Organisationen Lateinamerikas (und der übrigen Kontinente), die es schwierig macht, in gemeinsamen Prozessen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Zeit und Ressourcen zu erreichen. Das führt immer wieder zu Schwierigkeiten bei der gemeinsamen Arbeit, von Paternalismus über die Aneignung kritischer Stimmen bis hin zur Bequemlichkeit und Abhängigkeit von Organisationen, die kaum eigene Mittel haben. Es ist daher wichtig, solidarische Beziehungen auf Augenhöhe anzustreben, wobei der Dialog und Austausch zwischen Gemeinschaften und Organisationen, die diese Formen hinterfragen, in allen Breitengraden von entscheidender Bedeutung ist.

Wir müssen erkennen, dass es zwischen der Selbstwahrnehmung derer, die sich in Europa mobilisieren, und unseren Kämpfen nicht nur unterschiedliche, sondern sogar gegensätzliche Ausgangspunkte gibt, was das Verständnis der Realität und des Kampfes angeht.

Das Gespräch über die Privilegien Europas und somit der europäischen Organisationen ist nicht neu, aber durchaus wichtig, damit wir uns darüber im Klaren sind, wie sich das – zusammen mit dem Willen und den materiellen Möglichkeiten – auf die politische Arbeit für die Umwelt auswirkt. Dabei müssen wir unbedingt deutlich machen, dass die politische Arbeit in unserem Kontext nicht (nur) aus unserem Willen, sondern auch aus der Notwendigkeit heraus entsteht. Angesichts der Katastrophe sind wir gezwungen, aktiv zu werden, weil unser Leben davon abhängt.

In Europa und in Mexiko gibt es beispielhafte Kämpfe, sei es zur Verteidigung von Territorien als auch in Form von Organisationen in Freiwilligen- oder Arbeitskontexten. Wir müssen unsere Unterschiede zu ihnen kennen und dürfen sie nicht ausblenden. Nur so können wir organisatorische Prozesse aufbauen, die diese Gegensätze berücksichtigen. Wie wichtig das ist, zeigt sich daran, dass nicht selten mit lokalen Nicht-Regierungsorganisationen (NRO) zusammengearbeitet wird, die jene Motivationen erfüllen, was zu einer Verteilung von Projekten und Ressourcen nach dem Gießkannenprinzip führt, die sich nur selten in einer Unterstützung der Proteste niederschlägt. So hat die Entwicklungszusammenarbeit zwischen Stiftungen mit öffentlichen oder privaten EU-Mitteln als vermeintliches Zeichen internationaler Solidarität bislang lediglich dazu gedient, die Autonomie kämpfender Gemeinschaften zu untergraben, lokale Prozesse zu behindern und eine Asymmetrie zwischen den begünstigten NRO und der Bevölkerung herzustellen, was den politischen Einfluss und die Sichtbarkeit angeht. Die NRO, die diese Mittel in der Regel erhalten, sind nach wie vor nicht Teil der Gemeinden.

Bei einem Vortrag im *Iraultza Txikién Akanpada*⁵ in Artea, Bizkaia, verwies Raúl Zibechi darauf, dass es seitens der Kämpfe von Abya Yala mittlerweile zu einer schlechten Angewohnheit geworden sei, Europa lediglich als Quelle wirtschaftlicher Ressourcen zu sehen. Zwar kann dies als symbolischer Beitrag aufgrund einer historischen Schuld an der Bereicherung dieses Kontinents durch jahrhundertelange Plünderungen gesehen werden, so sollte nicht vergessen werden, dass dasselbe System auch die Rechte und Territorien der ursprünglichen Gemeinschaften des heutigen Europas mit Füßen getreten hat, während sie weiter Widerstand leisten. Das ist auch der Grund, warum die Zapatistas bei ihrer Reise für das Leben erklärt haben, dass es ihnen nicht nur um eine Entschuldigung für die letzten 500 Jahre geht, sondern

um einen „Austausch von Geschichten, Wissen, Gefühlen, Einschätzungen, Herausforderungen, Misserfolgen und Erfolgen [...] Wir sind der Meinung, dass dieser kritische Blick des «Außenseiters» notwendig und lebenswichtig ist, da er uns erlaubt, Dinge zu sehen, die in der Hitze des Kampfes nicht gesehen werden. Und er trägt – Obacht! – zu Wissen über die Genealogie der Bestie, ihre Transformationen und ihr Funktionieren bei.“⁶

Jenseits des Zapatismus gibt es in Mexiko Hunderte weitere Organisationsprozesse, die ebenfalls auf internationale Solidarität angewiesen sind und viel zu den Kämpfen auf anderen Kontinenten beitragen können. So haben wir beispielsweise im Rahmen der #ToxiTourMexico 2019 ein Netzwerk mit europäischen, US-amerikanischen und südamerikanischen Organisationen aufgebaut und gestärkt. Dieses Netzwerk entstand nicht aus bloßem Mitgefühl mit unserem Unglück, sondern weil wir verstanden haben, dass wir den industriellen Projekten des Kapitalismus von verschiedenen Fronten aus entgegentreten und dies in gemeinsamen Prozessen verbinden müssen.

Während in Europa und den Vereinigten Staaten der größte Teil des Kapitals angesiedelt ist, Freihandelsabkommen durchgesetzt werden und der höchste Energie- und Warenverbrauch der Welt auf diese Regionen zurückgeht, erleben wir in Mexiko die Auswirkungen dieser unregulierten Industriewirtschaft, die aufgrund von toxischer Verschmutzung Krankheiten hervorruft, und Südamerika leidet unter dem Abbau von Commodities für den Export, wodurch den Gemeinden gewaltsam ihre Lebensgrundlage entzogen wird. Diese allgemein gehaltenen Aussagen sollen hier nur als Beispiele dienen, denn wir wissen wohl, dass die Realität viel komplexer ist. An dieser Stelle geht es uns lediglich darum, die Notwendigkeit zu betonen, uns über unser eigenes Territorium hinaus zu vernetzen, weil wir beschlossen haben, uns diesem System des Todes, das ohne jede Einschränkung oder logische Grenze funktioniert, in den Weg zu stellen.

Wir glauben, dass wir in den internationalen Beziehungen unserer Kämpfe die Vorstellungen von *institutioneller Solidarität*, *Wohltun* und *Hierarchien* überwinden müssen. Es ist dringend notwendig, die Prozesse zu dekolonisieren und die Kapazitäten und Ressourcen jeder Gemeinschaft einzuordnen, uns als gleichberechtigt anzusehen, ohne unsere Unterschiede aus den Augen zu verlieren, Autonomien zu respektieren und darauf zu achten, dass die Sprachen und Materialien, die entwickelt werden, wirklich uns allen dienen können, je nach ihren/unseren Bedürf-

nissen. Die Ressourcen und die Zeit, die auf gleichberechtigte Weise bereitgestellt werden und den Gemeinschaften oder der Nothilfe in Risikosituationen dienen können, dürfen nicht mehr durch die Schmelztiegel der Bürokratie wandern, sondern müssen von unten aufgebaut werden.

Die globalen Prozesse der Enteignung, Ausbeutung und Plünderung des Lebens als Ganzes haben zerstörerische Folgen, die über Grenzen hinausreichen. Deshalb lautet der Aufruf, die lange Geschichte der internationalen Solidarität fortzuführen, jenseits von allem Nützlichkeitsdenken und einer Instrumentalisierung durch die eine oder andere Seite. Es ist nämlich an der Zeit, planetarische Kämpfe aufzubauen.

- 1 Novack, 1977, La Primera Internacional (1864-76). Auf Spanisch verfügbar unter: <https://www.marxists.org/espanol/novack/1977/1inter.htm>
- 2 Besser bekannt als Intergalaktisches Treffen.
- 3 An alle, die für die menschlichen Werte der Demokratie, Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen. An alle, die sich darum bemühen, dem weltweiten Verbrechen namens «Neoliberalismus» zu widerstehen, und danach streben, dass die Menschheit und die Hoffnung, besser zu werden, zu Synonymen der Zukunft werden. An alle Individuen, Gruppen, Kollektive, Bewegungen, soziale, politische und Bürgerrechts-Organisationen, an alle Gewerkschaften, Nachbarschaftsorganisationen, Kooperativen, an alle vergangenen und zukünftigen Linken, Nicht-Regierungsorganisationen und Gruppen der Solidarität mit den Kämpfen der Bevölkerungen der Welt, Banden, Stämme, Intellektuelle, Indígenas, Studierende, Musiker*innen, Arbeiter*innen, Künstler*innen, Lehrer*innen, Campesines, Kulturinitiativen, Jugendbewegungen, alternative Medien, Umweltbewegte, Slumsiedler*innen, Lesben, Homosexuelle, Feminist*innen, Pazifisten*innen. An alle Menschen ohne Haus, ohne Land, ohne Arbeit, ohne Nahrung, ohne Gesundheit, ohne Bildung, ohne Freiheit, ohne Gerechtigkeit, ohne Unabhängigkeit, ohne Demokratie, ohne Frieden, ohne Heimat, ohne Morgen. An alle, die gleich welcher Hautfarbe, ethnischer Herkunft oder Grenzen die Hoffnung zu ihrer Waffe und ihrem Schild machen. (Subcomandante Marcos, 1996) *Erste Erklärung aus La Realidad. Gegen den Neoliberalismus und für die Menschheit*. Auf Spanisch verfügbar unter: <https://enlacezapatista.ezln.org.mx/1996/01/01/primeradeclaracion-de-la-realidad-contrael-neoliberalismo-y-por-la-humanidad/>
- 4 (SCI Marcos, 2006): <https://enlacezapatista.ezln.org.mx/2006/03/22/reunion-en-el-salto-jalisco-20-marzo/>
- 5 Camp der kleinen Revolutionen: <https://omal.info/spip.php?article9546>
- 6 SupGaleano, (2021), La travesía por la vida: ¿a qué vamos? Verfügbar unter: <http://enlacezapatista.ezln.org.mx/2021/06/27/la-travesia-por-la-vida-a-que-vamos/>

Aus dem Spanischen von Katja Rameil